

gewicht. Gesellschaft muss nicht neu erfunden, aber sie muss in ein neues Gleichgewicht gebracht werden. Soziale Demokratie, soziales Miteinander, soziale Marktwirtschaft müssen neu justiert werden. Der Neoliberalismus, diese Radikalisierung des Marktes in letzter Konsequenz, hat den Gemeinsinn untergraben und das Soziale als ein tragendes Ordnungsprinzip der Gesellschaft dramatisch geschwächt. Die »Entfesselung« des Marktes privilegierte das Kapital auf Kosten von Arbeit und Sozialstaat. Soziale Marktwirtschaft geriet in die Schiefelage. Die wachsende Kluft zwischen Oben und Unten schwächte

die Gewissheit, dass gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Flexibilisierung als Grundprinzip (»Der flexible Mensch«) zerstörte Bindungen und Berechenbarkeit, die für ein soziales Miteinander unabdingbar sind. Das »Wir« ist gegenüber expandierenden Ego-»Werten« zu kurz gekommen.

Noch ist Zeit für Reparaturen. Viele, auch Sozialdemokraten, waren beteiligt, Störungen des Wertgleichgewichts zuzulassen oder zu ermöglichen. Jetzt kommt es für die SPD als Partei des Gemeinsinns und der sozialen Gerechtigkeit darauf an, gegenzusteuern. ■

Christian Krell

## Zur wertepolitischen Verortung deutscher Parteien

*In den letzten 20 Jahren wurde es als rückwärtsgewandt, altmodisch, bestenfalls romantisch wahrgenommen, wenn in der von ökonomischen Parametern dominierten politischen Diskussion Werte bemüht wurden. Doch dieser Verzicht ist folgenreich, für die politischen Parteien und für die Demokratie insgesamt.*

### Christian Krell

(\* 1977) leitet die Akademie für Soziale Demokratie der FES und ist Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

christian.krell@fes.de



gen eine pragmatische Orientierung jenseits von rechts und links verlangt. Es galt, entgrenzt von altem Lagerdenken, Sachzwänge zu akzeptieren und eine moderne Politik losgelöst von hergebrachten Wertmustern zu verfolgen.

### Die Bedeutung der Werte

**D**eregulierung, Privatisierung, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit; diese Chiffren bestimmten nicht nur die ökonomischen Debatten, sondern griffen über auf Bildung, Gesundheit oder Wissenschaft – auf fast alle Bereiche der Gesellschaft. Die Durchökonomisierung der Gesellschaft kannte keine Grenzen. Werte oder die Auseinandersetzung mit politischen Grundwerten spielten entsprechend kaum eine Rolle. Von der Politik wurde in jenen Ta-

Bemerkenswert ist, dass der Verzicht auf Wertedebatten und ihre orientierende Kraft im politischen Spektrum sowohl konservative als auch progressive Kräfte traf. Konservative Wertvorstellungen oder Tugenden, wie Ordnung, Familie, die Nation, die Schöpfung oder Treue, wurden im Zuge der Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Sphären ebenso an den Rand gedrängt wie progressive Bezüge zu Gerech-

tigkeit, Solidarität oder Freiheit. Dieser Verzicht ist folgenreich, für die politischen Parteien und für die Demokratie insgesamt. Schließlich sind alle politischen Strömungen zur Ausrichtung, Abgrenzung und Legitimation ihrer Politik auf Werte und werteorientierte Bezugsrahmen angewiesen. Wenn sie ihre Politik und ihr Handeln nicht wertebasiert begründen können, verlieren sie ihren Identitätskern.

Die Demokratie – die von der Wahl zwischen abgrenzbaren Alternativen lebt – verliert jedoch dramatisch an Zustimmung, wenn die wesentlichen politischen Strömungen als ununterscheidbare Vertreter einer ökonomisierten Gesellschaft erscheinen.

Diese Entwicklung ist für eine progressive Bewegung wie die Sozialdemokratie besonders schwierig. Denn als Repräsentantin eines fortschrittlichen Politikverständnisses war und ist sie immer darauf angewiesen, ein Bild der Zukunft zu entwerfen.

Anders als beispielsweise die Konservativen – die sich im Zweifelsfall auf die »gute alte Zeit« berufen können – müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeigen, wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen soll, die besser, gerechter, freier und solidarischer ist als die gegenwärtige. »Das bessere Morgen« – egal, ob man es Erzählung, Entwurf, Idee oder konkrete Utopie nennt – Die Sozialdemokratie verliert ihren Wesenskern, wenn sie ihre Politik nicht immer auch an einem klaren Wertegerüst ausrichten kann.

### **Die Entstehung der Grundwerte**

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – so beschreibt die Sozialdemokratie heute ihre Grundwerte. Wer die Anfänge dieser Werte als moderne politische Grundwerte sucht, muss zwei Entwicklungen im ausgehenden 18. Jahrhundert in den Blick nehmen:

Erstens, die Aufklärung und zweitens, die Französische Revolution.

Als Philosoph der Aufklärung hat Kant in seinem Nachdenken über die Gesellschaft und ihre Ordnung die liberalen Prinzipien der »Freiheit jedes Gliedes der Sozietät (als Menschen), der Gleichheit desselben mit jedem anderen (als Untertan), der Selbstständigkeit jedes Gliedes eines gemeinen Wesens (als Bürger) entwickelt. Für die Sozialdemokratie ist die Philosophie Kants hoch bedeutend. Immer wieder haben Linkskantianer, wie Willi Eichler, das Programm und das Grundwerteverständnis der Sozialdemokratie geprägt. Die Französische Revolution setzte die Gedanken der Aufklärung in eine politische Bewegung um. Ihr Wahlspruch lautete: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Diese Prinzipien wurden zunächst vom politischen Liberalismus aufgegriffen. Sie sollten – das war das Revolutionäre an ihnen – für jeden Menschen gleichermaßen Lebenswirklichkeit werden, unabhängig von Stand oder Religion.

Der Liberalismus verknüpfte diese Prinzipien mit einem politischen und wirtschaftlichen Programm: Verfassungsstaat, Menschen- und Bürgerrechte, Eigentums- und Gewerbefreiheit. Trotz der im 19. Jahrhundert andauernden Vorherrschaft konservativer Kräfte konnte der Liberalismus beeindruckende Erfolge erzielen. Dabei wurden die ökonomischen Forderungen nach Marktfreiheit wesentlich schneller und weitreichender verwirklicht, als die Forderungen nach politischer Freiheit. Der Kapitalismus konnte sich so immer freier entfalten und enorme Produktivkräfte freisetzen. Die Träger des Liberalismus – die aufstrebenden kaufmännischen und besitzenden Schichten – waren die Profiteure dieser Entwicklung.

Hier setzt allerdings auch die Widersprüchlichkeit des Liberalismus ein: Durch den sich entfaltenden Kapitalismus und die Industrialisierung kam es zu neuen Verwerfungen. Der Anspruch des Libera-

lismus, Freiheit – ein selbstbestimmtes Leben – gleichermaßen für jeden und jede zu verwirklichen, scheiterte an der kapitalistischen Wirklichkeit. Schließlich führte die wachsende ökonomische Freiheit eben nicht zur echten Freiheit aller, sondern zur Freiheit der Besitzenden und zu neuen Abhängigkeiten der Besitzlosen. Der Liberalismus hat diesen Widerspruch nicht auflösen können oder wollen.

In diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit stieß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Sozialdemokratie. Sie hat die Werte der Aufklärung und des Liberalismus aufgegriffen und um die soziale und ökonomische Dimension ergänzt. Freiheit als gleicher Freiheitsspielraum, der jedem Menschen zusteht, muss immer auch sozial unterfüttert sein. Unbegrenzte Marktfreiheit, die keine Rücksicht auf soziale Verwerfungen nimmt, schränkt die Freiheit derjenigen massiv ein, die im freien Spiel der Marktkräfte verlieren.

Aus dieser Perspektive hat die Sozialdemokratie die Prinzipien der Aufklärung konsequenter und umfassender gedacht als der Liberalismus. Für die junge Arbeiterbewegung war dabei klar, dass gleiche Freiheit unter ungleichen Voraussetzungen nur in einer solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Besonders Lassalle hat sein Freiheitsverständnis in Bezug gesetzt zu einem Gemeinwesen, in dem die solidarische Verbundenheit untereinander Freiheit für jeden Menschen gewährleistet, ohne dass die Freiheit des einen die Freiheit des anderen untergräbt.

### **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Werte im Wandel**

Neuinterpretationen, Streit, Rückbesinnung – das Werteverständnis der Sozialdemokratie hat sich in den 150 Jahren ihres Bestehens gewandelt. Das 1959 verabschiedete Godesberger Programm zog gewissermaßen eine Zwischenbilanz einer seit

längerem andauernden Debatte zur Theorie und Praxis der Sozialdemokratie. Hier wurden die Grundwerte nicht nur in ihrem Gehalt, sondern auch in ihrem Verhältnis zueinander in den Blick genommen.

Die Grundwerte können nicht gegeneinander abgewogen werden. Im Gegenteil: Sie sind gleichberechtigt und gleich wichtig. Und mehr noch: Sie bedingen sich wechselseitig und sie erläutern einander. Am Beispiel der Solidarität wird das deutlich: Solidarität für sich genommen muss nicht zwingend im Sinne der Grundwerte Sozialer Demokratie wirken. Solidarisches Handeln kann es etwa im Bereich von nationalkonservativen Burschenschaften oder kriminellen Banden geben, mit Sozialer Demokratie hätte das allerdings nichts zu tun.

Immer wieder kam die Frage auf, ob die Trias der Grundwerte nicht ergänzt werden muss. Nachhaltigkeit etwa wurde als neuer Grundwert vorgeschlagen. Diese Überlegungen sind nachvollziehbar, ist eine nachhaltige Entwicklung doch angesichts der dramatischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen von unbestritten hoher Bedeutung. Überzeugen konnte dieser Vorschlag aber letztlich nicht. Nachhaltigkeit ist ein zentrales Handlungsprinzip, das bei der Umsetzung der Grundwerte leitend sein muss. Ein politischer Grundwert an sich ist es nicht.

Das jüngste Programm der SPD – das Hamburger Programm – leistet eine zeitgemäße Interpretation der drei Grundwerte für eine globalisierte Welt. Was bleibt nach 150 Jahren Wertgeschichte der Sozialdemokratie? Erhalten geblieben ist immer der Kerngedanke: Gleiche Freiheit durch Solidarität.

### **Die Werte der Anderen**

Wer die Programme der wesentlichen politischen Parteien in Deutschland auf ihr

Werteverständnis hin abklopft, stellt zunächst fest, dass sich auch alle anderen Parteien mit dem Grundwert der Freiheit befassen.

Die CDU spricht in ihrem Grundsatzprogramm ähnlich wie die SPD von den drei Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie hat sich dieses Werteverständnis zuerst in ihrem Ludwigshafener Programm 1978 gegeben und es 2007 wieder ins Grundsatzprogramm geschrieben. Knapp 20 Jahre nach Godesberg hatte die CDU so das Werteverständnis der SPD zumindest semantisch übernommen. Allerdings leitet sie diese Begriffe anders her, füllt sie anders und setzt sie anders in Bezug zueinander. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden bei der CDU – das ist ihr Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Parteienlandschaft – von dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott hergeleitet. Freiheit wird bei der CDU weniger umfassend als bei der SPD verstanden. Während die SPD im Sinne der positiven und negativen Freiheitsrechte sowohl die bürgerlichen und politischen, als auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundrechte betont, bleibt die CDU auf halbem Weg stecken. Die sozialen und ökonomischen Grundlagen der Freiheit werden kaum ausgeleuchtet.

Entsprechend war es folgerichtig, dass die CDU bei der Vorstellung ihres Programms die »Chancengesellschaft« als Leitmotiv in den Vordergrund stellte. Sie betonte damit die Chance auf ein selbstbestimmtes, freies Leben, im Unterschied etwa zur SPD, die einen Anspruch auf eben dieses geltend machen will. In der Praxis bedeutet das einen himmelweiten Unterschied.

Ein halber Freiheitsbegriff muss auch der FDP attestiert werden. Mit ihrem Karlsruher Thesen hat sie zwar die neoliberale Engführung ihrer Programmatik überwunden, die noch die Wiesbadener Grundsätze (1997) prägte. Ihrem selbsterklärten

Anspruch, die einzige Partei in Deutschland zu sein, die Freiheit zum »Maß, Mittel und Zweck all ihrer Politik« macht, wird sie allerdings bei Weitem nicht gerecht. Sie nimmt kaum die sozialen Voraussetzungen für Freiheit in den Blick, geschweige denn die Gefahren für die Freiheit durch einen unregulierten Kapitalismus.

Eines der interessantesten Experimente dieser Tage in Bezug auf politische Grundwerte ist der andauernde Klärungsprozess innerhalb der Piraten. Trotz des Kokettierens mit dem Muster »Wir müssen uns dazu erst eine Meinung bilden« ist klar, dass auch bei den Piraten die Freiheit im Vordergrund steht – irgendwie. Ihr Freiheitsverständnis ist vor allem von der Freiheit im Internet geprägt und überträgt diesen Zugang auf verschiedenste Bereiche, etwa bis hin zum freien Zugang zu Bildung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Dieses Freiheitsverständnis wird dabei im Verhältnis zu anderen Grundwerten weitgehend absolut gesetzt.

Das scheint klar, ist aber faktisch hochgradig widersprüchlich. Wenn etwa ein freier Zugang zu einem öffentlich finanzierten Bildungswesen oder anderer Infrastruktur erreicht werden soll, muss zugleich an anderer Stelle in das Recht auf Eigentumsfreiheit (Stichwort: Steuern) massiv eingegriffen werden. Es wird deutlich: Der Wertekompass auf dem Piratenschiff muss noch feinjustiert werden.

Fest steht: Keine Partei verzichtet völlig auf eine Begründung ihrer Politik mit Werten. Trotz des eigentümlich wertevergessenen Politikdiskurses der vergangenen Jahrzehnte war und ist offenbar für alle Parteien von hoher Bedeutung, ihre Politik nicht nur aus der Situation heraus zu erklären und zu gestalten, sondern sie in einen übergreifenden Zusammenhang einzuordnen. Zugleich ist die Auseinandersetzung mit Werten in Grundsatzprogrammen nur ein erster Schritt. Schließlich geht es darum, diese Werte auch in Politik umzusetzen.

### Werte in Zeiten der Krise

Werte bündeln Erfahrungen. Sie sind Ausdruck von Überzeugungen, Erkenntnissen und Erlebnissen. Werte speisen sich also aus der Vergangenheit. Zugleich müssen sie immer auch eine Perspektive für die Zukunft entfalten, um Orientierung und Maßstab für politisches Handeln zu sein. Gerade in Zeiten der Krise ist es notwendiger denn je, Werte in den Blick zu nehmen und Politik an ihnen auszurichten. Wenn Politik in der andauernden Wirtschaft-, Finanzmarkt- und Staatsfinanzenkrise mehr leisten will als situationsbezogenen Aktionismus, müssen die einzelnen Maßnahmen durch eine Werteorientierung miteinander verbunden sein. Öffentliche Unterstützung für politische Weichenstellungen kann und wird sich nur einstellen, wenn klar ist, wo die Reise hingeht.

Umso erstaunlicher ist, dass die amtierende deutsche Bundesregierung in ihrer Krisenpolitik zu sinnstiftenden Werten kaum Bezug nimmt. In technokratischer Sprache wird Tag für Tag die Alternativlosigkeit irgendeines Mechanismus erläutert. Die Frage, warum und wofür all das wichtig ist, bleibt demgegenüber unbeantwortet.

Dabei sind die Bedingungen für wertorientierte und wertbegründete Politik günstig. In den Feuilletons, an den Universitäten und im politischen Bereich gibt es so spannende Wertedebatten wie seit langem nicht mehr. In den Talkshows wird über das Freiheitsverständnis des Bundespräsidenten und der Piratenpartei diskutiert, ein Mehr an Gleichheit und Gerechtigkeit wird selbst von konservativen Publizisten angemahnt und die bange Frage, was die Krise mit der europäischen Solidarität macht, treibt die KommentatorInnen im Fernsehen um.

Es ist kaum nachvollziehbar, dass die amtierenden Krisenmanager nicht an diese Debatten anschließen und ihre Politik an orientierungs- und sinnstiftenden Werten

ausrichten. Diese eigentümliche Werteentleerung politischen Handelns ist im konservativen Lager hoch umstritten, für eine fortschrittliche Politik im Sinne Sozialer Demokratie ist sie nicht hinnehmbar.

### Werte heute – für das bessere Morgen

Wer die Programme der Sozialen Demokratie der vergangenen 150 Jahre liest, wird feststellen, dass der explizite Wertebezug in den Texten oft nur einen kleinen Anteil ausmacht. Dennoch stellt er den tragenden und verbindenden Teil der dort genannten einzelnen Forderungen dar.

Mitbestimmung, Gleichberechtigung, Sozialstaat oder Atomausstieg. Viele der Forderungen der Sozialdemokratie schienen in ihrer Zeit unerreichbar. Ihre Einbettung in ein Wertegerüst und die Orientierung der alltäglichen politischen Praxis an diesen Werten hat dazu beigetragen, dass auch scheinbar utopische Forderungen Realität für Millionen Menschen werden konnten.

Werte vereinen eben nicht nur historische Erfahrungen, sondern auch Zukunftschancen. Ernst Bloch hat in diesem Zusammenhang von dem »noch nicht« gesprochen, das die politische Linke nie aufgeben dürfe. Konkret als »*noch nicht*« im Sinne einer Möglichkeit, dass es sie geben könnte, wenn wir etwas dafür tun«.

Gerade in Zeiten der Krise ist die lebendige und leidenschaftliche Debatte über Werte für fortschrittliche politische Kräfte unverzichtbar. In diesem Sinne sind Werte alles andere als »retro«. Sie sind vor allem auch Zukunft. ■